

»  
**Die Erwartungen  
sind gewaltig.**  
«

100



**Sie ist Forschungspolitikerin mit Leib und Seele: Ein Interview mit Edelgard Bulmahn über ihre Zeit als Ministerin, die Rolle der Leibniz-Gemeinschaft und die Aufgabe von Wissenschaft und Forschung in der heutigen Gesellschaft.**

LEIBNIZ In einem Song von Heinz Rudolph Kunze heißt es sehnsüchtig: »Wenn ich erst Minister bin ...« Was hat Sie am Amt der Ministerin für Bildung und Forschung gereizt?

EDELGARD BULMAHN Besonders gereizt hat mich die Möglichkeit, zu gestalten, Impulse zu setzen und meine Ideen und Konzepte umsetzen zu können. Die Ziele waren die Stärkung der Hochschulen, eine bessere Frauenförderung, eine frühere Selbständigkeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und mehr Chancengerechtigkeit. Ich wollte wichtige Forschungsthemen aufgreifen, zum Beispiel Nanotechnologie, IT-Sicherheit, Biomedizin, sozial-ökologische Forschung, aber auch die Gesundheits- und Friedensforschung stärken. Die Großforschungseinrichtungen so weiterzuentwickeln, dass sie ihr Potenzial entfalten können, war mir ein weiteres Anliegen. Und last but not least die Internationalisierungsstrategie von 2001, mit der ich die Vernetzung in der Wissenschaft stärken wollte.

Warum wurde es damals gerade dieses Ressort?

Weil ich eine leidenschaftliche Bildungs- und Forschungspolitikerin war. Deshalb wollte ich dieses Ressort oder gar nichts.

Im Januar 2004 haben Sie vorgeschlagen, die Institute der Leibniz-Gemeinschaft den anderen Forschungsorganisationen und Universitäten zuzuordnen. Ihre Rede anlässlich des Humboldt-Forums hat für viel Aufregung, ja auch Protest, gesorgt. Was hat Sie dazu veranlasst?

Die Debatte um die Föderalismusreform. Die Föderalismuskommission wurde 2003 eingesetzt, um eine Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen zu erreichen. Vonseiten der Länder gab es den Anspruch auf die alleinige Zuständigkeit für den gesamten Bildungsbereich. Bei der Forschung war

das ein bisschen anders, weil sie dort ihre finanziellen Kapazitäten überschritten sahen. Ich hatte die Befürchtung, dass die Föderalismuskommission die Leibniz-Institute völlig beiseiteschieben würde, eben weil sie Länder-Institute waren. Das hatte ich in den 1990er Jahren im Zuge der Wiedervereinigung schon einmal erlebt.

Die Leibniz-Gemeinschaft erhielt Zuwachs durch 34 neue Mitgliedseinrichtungen aus der ehemaligen DDR.

Ich war damals Mitglied im Forschungsausschuss und Leibniz wurden die Institute zugeteilt, von denen Max-Planck, Fraunhofer und Helmholtz sagten, dass sie nicht zu ihnen passten. Ich wollte einen Vorschlag machen, der den Kompetenzen und dem Know-how der Leibniz-Gemeinschaft gerecht wurde. Eine wissenschaftliche Expertenkommission sollte evaluieren, welches Forschungsinstitut zu welcher Forschungsorganisation passt. Kurz gesagt: Es ging mir ausdrücklich nicht um eine Beschädigung der Institute. Im Gegensatz zu meinen Vorgängern habe ich die Finanzierung der Leibniz-Institute immer im gleichen Maße erhöht wie die der anderen außeruniversitären Einrichtungen.

Wie ging es dann weiter?

In der Föderalismusreform war ich anderer Auffassung als die Länder. Ich habe das damals in fünf Punkten beschrieben: Erstens sollten Bund und Länder angesichts ihrer komplementären Zuständigkeiten auch künftig in Bildung und Forschung zusammenwirken. Zweitens sollte die Notwendigkeit, sich dabei abzustimmen, in der Verfassung verankert werden. Drittens sollte die Reform der bundesstaatlichen Ordnung zwingend dazu führen, die Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern klarer zuzuordnen und Mischfinanzierungen abzubauen; zugleich sollten die Länder – bei Sicherstellung des Finanzvolumens – die Zuständigkeit für den Hochschulbau erhalten. Viertens sollte sich der Bund auf Bereiche von überragendem gesamtstaatlichem Interesse konzentrieren. Und fünftens: Die klareren Zuständigkeiten und die Verbesserung des Zusammenwirkens von Bund und Ländern sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten einer Medaille. Wäre mein Vorschlag berücksichtigt worden, hätte das die Länder in der überregionalen For-

schungsförderung entlastet und ihnen Spielräume für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen gegeben. Meine damalige Grundposition halte ich noch immer für richtig: Bund und Länder stehen gemeinsam in der Verantwortung.

Inzwischen ist viel passiert. Wie sehen Sie die Leibniz-Gemeinschaft heute?

Sie ist eine anerkannte Säule der außeruniversitären Forschungslandschaft in Deutschland. Es ist ihr gelungen, institutsübergreifende Strukturen und gemeinschaftsweite Standards und Zielvorstellungen zu Interdisziplinarität, Internationalisierung, Wettbewerb und Qualitätssicherung zu etablieren. Die Leibniz-Gemeinschaft hat verkrustete Strukturen überwunden und sich mit hohem Engagement der Kooperation mit anderen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, aber auch Unternehmen geöffnet. Was mich persönlich gefreut hat, ist, dass sie bei gemeinsamen Berufungen mit Hochschulen vorangegangen ist. Sie hat die Aufgabe, die Versäulung aufzubrechen, sehr offen und engagiert angepackt. Kurzum: Sie hat sich von dem »Gemischtwarenladen« der Blauen-Liste zu einer inter- und transdisziplinären Forschungsgemeinschaft entwickelt.

Wie ist Leibniz für die Zukunft aufgestellt?

Die Leibniz-Gemeinschaft hat sich gut auf künftige Herausforderungen eingestellt. Ihre Zukunft wird davon abhängen, ob sie ihre Forschungsvorhaben weiterhin so beharrlich verfolgt. Im System der außeruniversitären Forschung kommt der Leibniz-Gemeinschaft dabei eine Mittlerrolle zu, indem ihre Institute erkenntnisorientierte Forschung im Hinblick auf ihren Beitrag zur Lösung der Herausforderungen unserer Zeit betreiben.

Es ist nun mehrmals der Begriff der Interdisziplinarität gefallen. Gibt es Ihrer Meinung nach wissenschaftspolitische Instrumente, um sie zu fördern?

Aber ja! Da ist zum einen die Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, also des Bundes, aber auch die der EU und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ich will auch den Pakt für Forschung und Innovation

noch einmal ausdrücklich nennen sowie die Exzellenzinitiative, die ich damals gegen heftige Widerstände durchgesetzt habe und die gemeinsamen Strategiefonds der Forschungsorganisationen. Eine Lücke gibt es bis heute: Überzeugende Förderinstrumente für ungewöhnliche Forschungsansätze jenseits des Mainstreams — da ist der Stein der Weisen noch nicht gefunden.

Was kann und sollte außeruniversitäre Forschung ganz allgemein leisten?

Die Erwartungen an Wissenschaft, Forschung und Technik im Hinblick auf die Sicherung unserer Zukunft sind gewaltig. Ob es nun darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stabilisieren, Krankheiten zu bekämpfen oder nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen zu entwickeln: Wissenschaft und Forschung müssen künftig mehr leisten, als nur unser Wissen über Ursachen, Wirkungen und Zusammenhänge zu verbessern. Sie müssen Defizite aufdecken, Impulse geben, Handlungsoptionen erschließen — und helfen sie zu realisieren.

Im gerade erschienenen »Zukunftsvertrag für Wissenschaft und Forschung 2021–2030«, fordern Sie mehr Planungssicherheit. Leibniz-Präsident Matthias Kleiner wünscht sich mehr Veränderungsdynamik. Ein Widerspruch?

Planungssicherheit und Veränderungsdynamik sind keine Gegensätze. Ohne Planungssicherheit kann sich eine langfristig orientierte Forschung nicht entfalten. Wissenschaftliche Exzellenz ist nicht per se vorhanden, sie kann nicht einfach bei Bedarf abgerufen werden. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen brauchen deshalb — wie auch die Hochschulen — eine ausreichende Grundfinanzierung, die es ihnen ermöglicht, Forschungsbereiche kontinuierlich zu bearbeiten und frei und unabhängig über ihre Schwerpunkte zu entscheiden.



»

**Es ging mir nicht um eine Beschädigung der Leibniz-Institute.**

«

EDELGARD BULMAHN

ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Von 1998 bis 2005 war die SPD-Politikerin Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Und die Veränderung?

Wissenschaft und Forschung sind ohnehin auf Veränderung angelegt. Organisationen hingegen tendieren zu Behäbigkeit, dazu, einmal eingeschlagene Wege auch weiter zu begehen. Dem sollten die Erhöhung der Projektmittel sowie die zusätzlichen wettbewerblichen Elemente in der Forschungsförderung entgegenwirken, ebenso wie die Exzellenzinitiative und die Regelungen des Paktes für Forschung und Innovation. Aber die Einrichtungen müssen auch selbst die Kraft aufbringen, sich verändern zu wollen und neue Fragestellungen und Themen aufzugreifen.

Sie hatten in Ihrem Leben schon viel mit Wissenschaft zu tun. Gibt es eine Forschungsarbeit, die Sie besonders beeindruckt hat?

Was mich wirklich sehr beeindruckt hat, war die Entdeckung der katalytischen Wirkung von Stickoxiden für den Abbau von Ozon durch Paul Crutzen. Ich wage mir überhaupt nicht vorzustellen, wie unser Leben heute aussehen würde, wenn es diese Entdeckung nicht gegeben hätte. Sie hat zu den internationalen Verhandlungen zum Schutz der Ozonschicht geführt, die letztlich erfolgreich waren. Für mich ist das ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die Grundlagenforschung auch weiterhin zu fördern.

Bitte vervollständigen Sie den Satz:  
Wissenschaft und Politik sind wie ...

... Castor und Pollux: Zwillinge. Die Wissenschaft braucht die Politik, die ihre Freiheit sichert und die für ihre Finanzierung sorgt. Die Politik braucht die Wissenschaft, um Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit entwickeln und die Folgen ihres Handelns besser abschätzen zu können.